

**Bedingungen  
der  
6 ½% Nachrangige Bank Austria Anleihe 2000 – 2020/P11**

**ISI-Nummer AT0000541719  
der**

**BANK AUSTRIA AKTIENGESELLSCHAFT**

**§ 1 Gesamtnominale, Stückelung, Sammelverwahrung**

- (1) Die 6 ½ % nachrangige Bank Austria 2000 – 2020/P11 wird im Gesamtnominale von EUR 20.000.000,-- mit Aufstockungsmöglichkeit begeben und ist in 200 auf den Inhaber lautende, untereinander gleichberechtigte Schuldverschreibungen zu je Nominale EUR 100.000,- eingeteilt.
- (2) Die Schuldverschreibungen werden zur Gänze durch eine Sammelurkunde gemäß § 24 Depotgesetz, BGBl. Nr.650/1987 vertreten, die die Unterschriften zweier Vorstandsmitglieder der Bank Austria Aktiengesellschaft trägt. Ein Anspruch auf Ausfolgung von Schuldverschreibungen besteht nicht.

**§ 2 Nachrangigkeit**

Die Forderungen aus den Schuldverschreibungen sind nachrangige Forderungen gemäß § 23 Abs. (8) Bankwesengesetz i.V.m. § 45 Abs. (4) Bankwesengesetz.

**§ 3 Haftung**

Für alle gegenwärtigen und zukünftigen Verbindlichkeiten der Emittentin haftet die Anteilsverwaltung-Zentralsparkasse als Ausfallsbürge gemäß § 92 Abs. (9) BWG mit ihrem gesamten Vermögen. Nach § 2 Abs. (1) letzter Satz des Sparkassengesetzes erstreckt sich die Haftung der Stadt Wien als Ausfallsbürge gemäß § 1356 ABGB im Wege über die Anteilsverwaltung-Zentralsparkasse auch auf die Verbindlichkeiten der Emittentin.

**§ 4 Verzinsung**

- a) Der Zinssatz für die gesamte Laufzeit beträgt 6,50 % vom Nennwert.
- b) Die Verzinsung der Schuldverschreibungen beginnt am 6. Oktober 2000 und endet mit dem ihrer Fälligkeit vorangehenden Tag.
- c) Die Berechnung der Zinsen erfolgt auf der Basis kalendermäßig / kalendermäßig.
- d) Die Zinsen werden jährlich im nachhinein, jeweils am 6. Oktober eines jeden Jahres, erstmals am 6. Oktober 2001, fällig und ausbezahlt.

**§ 5 Laufzeit**

Die Laufzeit beginnt am 6. Oktober 2000 und endet mit Ablauf des 5. Oktober 2020.

**§ 6 Tilgung**

Die Tilgung erfolgt zur Gänze am 6. Oktober 2020 zum Nennwert unter Berücksichtigung des § 2 dieser Bedingungen.

## **§ 7 Kündigung**

Die Schuldverschreibungen sind sowohl seitens der Inhaber der Schuldverschreibungen als auch seitens der Bank Austria ist ausgeschlossen.

## **§ 8 Verjährung**

Ansprüche aus fälligen Zinsen verjähren nach drei Jahren ab Fälligkeit, aus fälligen Schuldverschreibungen dreißig Jahre nach Eintritt der Fälligkeit.

## **§ 9 Hinterlegung bei Gericht**

Die Bank Austria kann fällige, aber nicht behobene Beträge auf Gefahr und Kosten der Inhaber der Schuldverschreibungen mit schuldbefreiender Wirkung bei dem für die Bank Austria zuständigen Gericht hinterlegen, auch wenn sich die Inhaber der Schuldverschreibungen nicht in Annahmeverzug befinden. Bei der Hinterlegung verlieren die Berechtigten jeden Anspruch aus den Schuldverschreibungen gegen die Bank Austria.

## **§ 10 Bekanntmachungen**

Alle Bekanntmachungen, welche die Schuldverschreibungen betreffen, erfolgen mit Wirkung für und gegen sämtliche Inhaber der Schuldverschreibungen im "Amtsblatt zur Wiener Zeitung". Sollte diese Zeitung ihr Erscheinen einstellen, so tritt an ihre Stelle die dann für amtliche Bekanntmachungen dienende Tageszeitung. Einer besonderen Benachrichtigung der einzelnen Gläubiger bedarf es nicht.

## **§ 11 Zahlungen**

Die Zahlungen erfolgen in EURO.

## **§ 12 Zahlstellen**

Zahlstelle ist die Bank Austria und deren Filialen. Die Gutschrift der Tilgungszahlungen erfolgt durch die für den Inhaber der Schuldverschreibungen jeweils depottführende Stelle.

## **§ 13 Gerichtsstand**

Für sämtliche Rechtsverhältnisse aus der Begebung dieser Schuldverschreibungen gilt österreichisches Recht. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Wien.

## **§ 14 Rückkauf**

Die Bank Austria ist berechtigt, Schuldverschreibungen während der gesamten Laufzeit im Markt oder auf sonstige Weise auch zu Tilgungszwecken zurückzukaufen.

## **§ 15 Börseneinführung**

Der Handel der Schuldverschreibungen im Sonstigen Wertpapierhandel an der Wiener Börse wird beantragt. Hinsichtlich dieser Wertpapiere gelten nicht die Anforderungen des Börsengesetzes, die an Emittenten und deren im Amtlichen Handel oder im Regierten Freiverkehr gehandelten Wertpapiere gestellt werden.

## **§ 16 Sonstiges**

Sollte eine Bestimmung dieser Bedingungen, aus welchem Grund auch immer, unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, so wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen dieser Bedingungen nicht berührt. Die unwirksame oder undurchführbare Bestimmung wird durch eine solche ersetzt, die dem in diesen Bedingungen zum Ausdruck kommenden Willen am nächsten kommt.